

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Nachrichten Dresden, Vertriebs- und Sammelnummer 25 241. Für die Nachlieferung: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. März 1925 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Goldmark. Postbezugspreis für Monat März 5 Goldmark. Einzelnummer 10 Goldmark. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Gelegenheitsanzeigen Rabatt 10 Pfg., außer halb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklameweile 150 Pfg., überhalb 200 Pfg. Obergrenze 10 Pfg. Wurm. Auflage gegen Vorabzahlung.

Schriftleitung und Hauptvertriebsstelle: Marienstraße 38/40. Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden. Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. - Unverlangte Schriffschneide werden nicht aufbewahrt.

Konfirmationsgeschenke
Uhren und Schmuck
Emil Kern, Uhrmachermeister
Friesengasse 1, an der Moritzstraße

Rönisch-Flügel u. Pianos
für verwöhnte Ansprüche
Hupfeld-Rönisch / Waisenhausstr. 24

Kunsthandlung P. Rusch
Sidonienstr. 27 (nahe Hauptbahnhof) - Tel. 16279
Alte Meister
u. a. 30 Orig.-Gemälde aus der staatlichen Gemäldegalerie zu Dresden
A. v. Dyck, Gerard Dou, P. P. Rubens, Carracci, Ribera, Liberi, Wouwermans, Rosalba Carriera, Carracci, Rutili, Cranach, A. Pesne, A. Raffi und viele andere

Der Völkerbundsrat antwortet Deutschland

Der Reichsblock erläßt zur Wahl des Reichspräsidenten einen Aufruf an das deutsche Volk Die Bayerische Volkspartei hat Ministerpräsident Held als eigenen Kandidaten aufgestellt - Der Beschluß über die Entwaffnungskontrolle

Aufforderung zum Eintritt. - Ablehnung besonderer Vorbehalte.

Genf, 15. März. Der Völkerbundsrat genehmigte in seiner gestrigen Sitzung die Antwort auf das Memorandum der deutschen Reichsregierung über Deutschlands Eintritt in den Völkerbund. Die Antwort hat folgenden Wortlaut: Der Völkerbundsrat hat die Mitteilung der deutschen Reichsregierung vom 1. Dezember 1924 einer sorgfältigen Prüfung unterzogen. Er stellt mit Befriedigung aus der Einleitung dieser Mitteilung fest, daß die deutsche Regierung beschloß, um die baldige Zulassung Deutschlands nachzusuchen. Die deutsche Regierung hat sich bereits mit den zehn im Rate vertretenen Regierungen in Verbindung gesetzt und hat von allen bindenden Bescheid erhalten. Der Rat stellt deshalb mit Befriedigung fest, daß mit einer Ausnahme, von der später gesprochen wird, die Antworten für die deutsche Regierung befriedigend sind.

Der Rat nimmt hinsichtlich der Umstände, unter denen Deutschland einzutreten wünscht, von der Feststellung der deutschen Regierung Kenntnis, daß sie nicht die Absicht hat, besondere Vorrechte für Deutschland zu verlangen, sondern daß sie ihren

Eintritt auf dem Fuße der Gleichberechtigung vollziehen will. Der Rat stellt fest, daß alle zehn Regierungen mit dieser Bedingung einverstanden sind. Der Rat betrachtet den Grundgedanken der Gleichheit, der gleiche Rechte und Pflichten umfaßt, als die Grundlage der Verfassung des Völkerbundes. Gleichzeitig fühlt sich der Rat verpflichtet, festzustellen, daß dieses Prinzip von großer Wichtigkeit ist für die von Deutschland mit Bezug auf

Artikel 16 des Paktes

aufgeworfenen Fragen. Obwohl Deutschland nur mit Bezug hierauf um eine Sonderstellung nachsucht, ist dieser Artikel doch von grundlegender Bedeutung für das ganze Gebäude des Bundes, da er einen wichtigen Teil der Sicherungen sowie der Verpflichtungen für alle Mitglieder darstellt. Die Stellungnahme Deutschlands auf diesem Artikel lenkt die Aufmerksamkeit auf die durch den Verfallener Vertrag herbeigeführte militärische Lage Deutschlands und zeigt die Befürchtung, daß, wenn die durch Artikel 16 vorgesehene Maßnahmen zu Feindseligkeiten führen sollten, Deutschland nicht imstande sein würde, sein Gebiet gegen militärischen Einfall zu schützen. Die deutsche Regierung stellt fest, daß es nach ihrer Auffassung nur einen Weg aus dieser Schwierigkeit gibt: Sollten internationale Konflikte entstehen, so solle Deutschland das Recht haben zu bestimmen, wie weit es sich daran beteiligen will. Weiterhin spricht sich das deutsche Memorandum dagegen aus, daß Deutschland durch seinen Eintritt in den Völkerbund sein Recht auf Neutralität preisgeben solle. - Der Rat ist der Meinung, daß folgende Bestimmungen zu diesem Punkte von Nutzen sind: Art und Ausdehnung der aktiven Teilnahme der Mitglieder an militärischen Maßnahmen

des Bundes muß je nach der militärischen Lage des betreffenden Mitgliedes eine andere sein.

Gemäß den Bestimmungen des Paktes ist es die Pflicht des Rates, zu empfehlen, mit welchen militärischen Kräften die Mitglieder sich an den Streitkräften beteiligen sollen, die zum Schutze des Paktes verwendet werden, und Deutschland würde sich selbst festzusetzen haben, in welchem Grade es diese Empfehlung des Rates erfüllen könnte.

Der Rat erinnert die deutsche Regierung ferner daran, daß ein Mitglied des Bundes und des Rates stets bei der Entscheidung über die Anwendung der Grundzüge des Paktes eine Stimme haben würde. Was

die wirtschaftlichen Maßregeln betrifft, so entscheiden die Mitgliederstaaten entweder getrennt oder durch vorherige Vereinbarungen über die zur Durchführung der übernommenen allgemeinen Verpflichtungen zu erzielenden besonderen Schritte. Jedoch gehalten die Bestimmungen des Paktes nicht, daß, wenn gemäß Art. 16 Schritte unternommen werden, jedes Mitglied besonders über seine Teilnahme daran entscheiden kann. Der Rat sieht sich verpflichtet, klar zum Ausdruck zu bringen, daß jeder Vorbehalt nach dieser Richtung die Grundlage des Völkerbundes erschüttern und mit der Mitgliedschaft unvereinbar sein würde.

Es erscheint dem Rat unmöglich, daß ein Mitglied des Bundes und des Rates bei Operationen gegen einen Staat, der den Pakt bricht, eine Stellung einnehmen könnte, die für seine Staatsbürger eine Ausnahme von den allgemeinen Verpflichtungen des Paktes darstellte würde. Der Rat braucht kaum darauf hinzuweisen, daß andere Länder, deren militärische Kräfte ebenfalls durch die Friedensverträge vermindert sind, beim Eintritt in den Völkerbund die Verpflichtungen des Paktes ohne Vorbehalt angenommen haben. Der Rat hofft, daß diese Feststellung zur Klärung der Haltung seiner Mitglieder hinsichtlich der von der deutschen Regierung aufgeworfenen Fragen beitragen wird.

Die allgemeinen Eintrittsbedingungen

für jedes Mitglied sind im Artikel 1 des Paktes enthalten, wonach die Entscheidung bei der Versammlung ruht, die bei verschiedenen Gelegenheiten sich für die Universalität des Völkerbundes ausgesprochen hat. Nur durch aktive Mitwirkung als Mitglied kann ein Land den ihm gebührenden Einfluß auf die Entscheidung des Völkerbundes erlangen.

Schließlich spricht der Rat Deutschland gegenüber den aufrichtigen Wunsch aus, es an seinen Arbeiten teilnehmen und hierdurch bei der Organisation des Friedens eine Rolle spielen zu sehen, die seiner Stellung in der Welt entspricht.

Mit der Genehmigung dieser Antwort schloß die Session.

Außerste Voricht geboten!

(Eigener Probierbericht der „Dresdner Nachrichten“.)

Berlin, 15. März. Das am Sonnabend abend eingegangene Telegramm des Generalsekretärs des Völkerbundes mit der Antwort auf Deutschlands Note über seinen Beitritt zum Völkerbund gibt sich offenbar Mühe, die deutschen Bedenken und Vorbehalte einigermaßen sachlich zu würdigen. Die Antwort geht auf die Gehirnfingänge unserer Note vom 12. Dezember 1924 prüfend ein und spricht zum Schluß im Namen aller Völker den Wunsch aus, Deutschland in die Gemeinschaft der Völker aufzunehmen. Man wird danach vielleicht erwarten dürfen, daß der eine oder der andere Zweifel hinsichtlich der Ratsamkeit unseres Anschlusses an die Genfer Organisation in seiner Bedeutung etwas abgeschwächt werden könnte, obwohl

Die ungemein komplizierte Fassung der Antwortnote

große Vorsicht in ihrer Beurteilung zur Pflicht macht. Wir haben um so mehr Grund, uns über diese verzwickte Formulierung zu beklagen, als unsere eigene Note sich durch ganz klare logische Entwicklung des Inhalts auszeichnet. Immerhin wird bei der genauen Prüfung der Antwortnote davon auszugehen sein, daß die Frage unseres Beitritts zum Völkerbund nicht als ein isoliertes Problem zu behandeln ist, sondern als Teil der politischen Gesamtsituation, wie sie sich in den letzten Monaten und Jahren vollzogen hat. Jedemfalls wird die Reichsregierung ihre Haltung zu den Ausführungen der Antwortnote aus Genf nur unter sorgfältigster Prüfung der außenpolitischen Gesamtsituation des Augenblicks bestimmen können, eine Aufgabe, die natürlich nicht von heute auf morgen zu lösen ist. Wenn sich eines ihrer namhaftesten Mitglieder, der Reichswehrminister

Dr. Gehler, gegen den Eintritt

Deutschlands in den Völkerbund eben erst in einem Hamburger Vortrage ausgesprochen hat mit der Begründung, daß wir uns nicht an Sanktionen beteiligen könnten, und wenn er hinzugefügt hat, angesichts der Unmöglichkeit deutscher Rüstungen sei die Militärkontrolle um so erniedrigender, so sind in dieser sehr bemerkenswerten Stellungnahme Empfindungen enthalten, die bei der Gesamtbeurteilung der zu treffenden Entscheidung gewiß nicht an letzter Stelle mitzureden dürfen.

Der Beschluß über die Entwaffnungskontrolle.

Genf, 15. März. Zu den verschiedenen Fragen zum Ausbau des Kontrollrechtes des Völkerbundes über Deutschland, Desterreich, Ungarn und Bulgarien hat der Völkerbundsrat gestern beschlossen:

1. Den Bericht der gemischten Kommission der juristischen und militärischen Sachverständigen anzunehmen, der Mittel und Wege feststellt, durch die den Kontrollkommissionen eine vollkommen freie Durchführung ihrer Aufgaben gesichert werden soll.
2. Das Generalsekretariat des Völkerbundes zu bitten, die Frage prüfen zu lassen, ob und inwieweit das in diesem Reglement aufgestellte System gesetzgeberische Maßnahmen notwendig macht, die durch die dem Kontrollrecht unterstellten Staaten einzuführen wären, und dem Rate zu dieser Frage einen Bericht vorzulegen.
3. Den Generalsekretär zu ermächtigen, schon jetzt die genannten vier Staaten zur Durchführung jeder Kontrolle zu verpflichten, und ihnen die Entscheidung des Völkerbundsrates über die Organisation des Kontrollrechtes und das Reglement mitzuteilen, damit diese Staaten in die Paktung, ihrerseits die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um dem Rate die Ausübung seiner in den Friedensverträgen niedergelegten Befugnisse im Falle einer Kontrolle sicherzustellen.
4. Die weitere Prüfung eines Kontrollsystems für die Entmilitarisierung der Rheinlandzone auf die nächste Session zu verlegen.
5. Polen aufzufordern, dem Generalsekretär eine ausführliche Darlegung darüber zukommen zu lassen, auf welche Argumente es seine Forderung zur Teilnahme an den Arbeiten der ständigen beratenden Militärkommission des Völkerbundes begründe.

An das deutsche Volk!

Zum ersten Male werden die deutschen Wähler und Wählerinnen am 29. März an die Wahlurne gerufen, um für sieben Jahre einen Reichspräsidenten zu wählen.

An diesem historischen Tage müssen alle Grenzen der Partei, der Konfession und des Standes fallen.

Die Wähler sollen nur den besten und würdevollsten Mann berufen, deshalb haben sich die Vertreter derjenigen Parteien, die fast die Mehrheit aller deutschen Wähler hinter sich wissen, gemeinsam mit Vertretern vaterländischer, wirtschaftlicher und kultureller Verbände zum Reichsblock vereinigt. Sie haben sich nach reiflicher Erwägung entschlossen, dem deutschen Volk für die Wahl zum Reichspräsidenten Herrn Oberbürgermeister

Dr. Jarres

in Duisburg, vormaligen Reichsminister des Innern und Vizekanzler, zu empfehlen. Dabei war für den Reichsblock maßgebend, daß Herr Dr. Jarres ein Mann ist von großer Erfahrung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, ein lauterer Charakter, ein Mann des höchsten Fortschritts und ferndeutscher christlicher Gesinnung, demwärt als Vorkämpfer deutscher Freiheit für Rhein und Ruhr.

Dr. Jarres vereinigt in sich die Eigenschaften guter deutscher Art und leihtet Gewähr für eine sachliche, gerechte Führung der Geschäfte, für Reinheit der Verwaltung in allen Dingen. Er hat in schwerster Zeit seine Person rücksichtslos für Staat und Volk eingesetzt. Er hat als Staatsmann die Einheit des Reiches in vertrauensvoller, gemeinsamer Arbeit mit den Regierungen aller deutschen Länder gesichert.

Die vereinigten Parteien und Verbände fordern alle deutschen Frauen und Männer und die deutsche Jugend auf, für den Kandidaten des Reichsblocks zu werden. Ueberall sind Wahlausschüsse zu bilden und Geld zu sammeln. Bei härtester Anstrengung aller Kräfte kann der Sieg schon im ersten Wahlgang errungen werden. Unsere Parole ist: die Einheit der Deutschen, die Reinheit des öffentlichen Lebens, das Staatswohl über den Parteigeh! Ein Weg - ein Wille!

Berlin, den 14. März 1925.

Der Reichsblock: gen. Staatsminister v. Sodehl

Es folgen eine große Reihe von Unterschriften, darunter die Namen: Hindenburg, Tirpitz, Graf Kaldreuth, Graf Westarp, Berlin, Staatsminister Wallraf, Berlin, v. Borstel, Berlin, u. a.

Die Bayerische Volkspartei für Held.

Held hat die Kandidatur angenommen.

München, 14. März. Der Landesauschuss der Bayerischen Volkspartei hat heute nachmittags beschlossen, weder für die Kandidatur Dr. Jarres noch für Dr. Marx zu stimmen, sondern einen eigenen Präsidentschaftskandidaten in der Person des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held anzustellen, der bereits seine Zustimmung gegeben hat.

Der Beschluß hat folgenden Wortlaut:

„Der Landesauschuss der Bayerischen Volkspartei billigt einstimmig die Haltung der Unterhändler der Partei bei den Verhandlungen in Berlin amends Aufstellung eines bürgerlichen Sammellkandidaten für das Amt des Reichspräsidenten. Er nahm mit Bedauern davon Kenntnis, daß in letzter Stunde die aussichtsreichen Verhandlungen abgebrochen wurden. Da die jetzt aufgestellten Kandidaten im Gegensatz zu dem Gedanken einer Sammellkandidatur stehen, sieht sich der Landesauschuss der Bayerischen Volkspartei nicht in der Lage, den Wählern der Partei einen der bereits bekannten Kandidaten zur Wahl zu empfehlen. Andererseits muß auch Stimmhaltung vermieden werden, da diese Verringerung der abgegebenen Stimmen einer Förderung der Kandidatur ausgesprochen links gerichteter Gegner der Bayerischen Volkspartei gleichkommen würde. Unter diesen Umständen beschloß der Landesauschuss der Bayerischen Volkspartei einstimmig, für die Reichspräsidentenwahl am 29. März als Kandidaten den bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held anzustellen. Die Zustimmungserklärung des Landesauschusses an den bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held wurde mit fürmlichem, langandauerndem Beifall aufgenommen.“

Der Wahlaufruf der Demokraten

besagt, daß in dem badischen Staatspräsidenten Gelpach ein Vemerber aufgestellt worden sei, der ein Träger der großen nationalen, demokratischen und liberalen Gedanken unserer Zeit sei, und der dem Wohle aller Bürger im Staate und der Gesamtheit der Nation dienen wolle. In seinem Amte werde er sich nicht als „Platzhalter der Monarchie“ fühlen, sondern als Vertrauensmann des deutschen Volkes. Nur ein treuer Anhänger der Weimarer Verfassung könne ein würdiger Vertreter eines freien Deutschlands sein.